

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener-Verlag: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnr.: 25241.
Zur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Verständlich in Dresden und Weizen bei gewöhnlicher Zeitungswahl bei ein- maliger Zahlung durch die Post (ohne Befehl) 1,40 M. monatlich 1 80 M. Die einjährige 17 M. halbjährig 10 M. Auf Anträgen unter Einbehalten der Postgebühren, einjährig 18 M. und halbjährig 12 M. Fernsprecher-Sammelnr. 25241. Zusätzlicher Nachdruck gegen Vorauszahlung. Einzelhefte des Wochenblattes 10 Pf.

Schiffverlag und Hauptvertriebsstelle:
Markstraße 26-40.

Dred u. Verlag von Siepich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 19 395 Leipzig.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Beiträge werden nicht aufbewahrt.

Neue Finanzpläne.

Zwangsanleihe?

Berlin, 27. Juli. Wie wir aus der Reichsverwaltung nachstehenden Kreisen erfahren, wird jetzt auch der Gedanke der Aufnahme einer Zwangsanleihe erwogen. Es soll ein Betrag von 200 Milliarden Mark in Frage kommen. Ueber die Höhe der Verzinsung bestehen Meinungsverschiedenheiten. Man spricht von einer Verzinsung von 3 u. 6. Die Beträge, die von der Zwangsanleihe von der Bevölkerung zu übernehmen sind, sollen je nach der Vermögenslage des einzelnen abgestuft werden. Räte der Verbände zur Verwirklichung, so würde die hohe Verzinsung abzugeben zu nächst verschoben werden. Ihre Erhebung würde dann später stattfinden, und sie könnte durch Eingabe von Zwangsanleihe durch die Steuerpflichtigen erleichtert werden.

Franzreich und die Abstempelung deutscher Wertpapiere.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten).
Genf, 25. Juli. Im französischen Kammerauschuss wurden am Mittwoch die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands im kommenden französischen Jahres besprochen. Auf eine Anfrage erwiderte Kloss, daß die deutschen Maßnahmen zur Erfassung des Kapitals, die sich in der Abstempelung der deutschen Wertpapiere vorbereiten, für die in alliierten und neutralen Besitz befindlichen deutschen Wertpapiere nicht wirksam sein würden. Die Rechte der Verbände seien gewahrt. Zwangsvorschriften könnten für deutsche Werte im Auslande nicht in Frage kommen, ebenso wenig ihre Ungültigkeitserklärung durch die deutsche Regierung.

Die Monopolisierung der Zündwaren.

Weimar, 25. Juli. Der 12er-Ausschuß der Nationalversammlung beschloß die Einführung eines Herstellungsmonopols für Zündwaren bis spätestens den 31. März 1921.

Erzberger's Gesandtschaftsreise „ein dürftiges Nachwerk“

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten).
Weimar, 25. Juli. In der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses mußte sich bei den Beratungen des Offiziersentschädigungsgesetzes der Reichsfinanzminister Erzberger einige bittere Wahrheiten sagen lassen, und zwar nicht nur von Vertretern der Rechten, sondern sogar von Mitgliedern der Regierungsparteien. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter erklärte, daß ihm ein so mangelhaft vorbereiteter Gesandtschaftsreise während seiner langjährigen parlamentarischen Wirksamkeit überhaupt noch nicht vorgekommen sei. Besser wäre es gewesen, nur die Ueberreste vorzulegen und dem Hause das weitere zu überlassen. Herr Zentrumsgesandte und Parteigenosse Herr Erzberger's fernerzeitliche die Vorlage als ein „dürftiges Nachwerk mit höchst dürftigen Begründungen“. Er versuchte die Schuld dafür dem preussischen Kriegsministerium aufzubürden. Der preussische Kriegsminister Reinhardt aber erklärte kurz und bündig, daß er zwar die reifermögliche Verantwortung für das Geseh zu tragen habe, daß er aber Zeile für Zeile des Gesehes mit Erzberger durchgesprochen habe, Erzberger, der inzwischen herbeigekommen war, mußte sich denn auch dieser Erklärung gegenüber zur Vaterschaft dieses Gesehes bekennen. Nach einer längeren Gesandtschaftsordnungsdebatte wurde die Verhandlung abgebrochen.

Die Neuordnung des diplomatischen Dienstes.

Wie die „Mitte. Allg. Ztg.“ erzählt, geht über das vielbesprochene diplomatische Reformentwurf noch nicht fest. Erst in einigen Wochen sollen zwischen dem Minister des Auswärtigen und dem Gesamtkabinetts Verhandlungen über die Einrichtung der Auslandsstellen im einzelnen und über die Personalbelegung stattfinden.

Zusammenbruch des englischen Bergarbeiterstreiks.

Amsterdam, 24. Juli. „Telegraaf“ meldet aus London: Es besteht Grund zur Annahme, daß der Bergarbeiterstreik vor Ende dieser Woche beendet sein wird. Die gestrige Konferenz beim Premierminister hat gute Dienste geleistet. Die Regierung kommt den Bergarbeitern entgegen, indem sie vorschlägt, daß die Städtarbeiter bei einer um höchstens 10 Prozent geringeren Bezahlung und siebenstündiger Arbeitszeit nicht weniger verdienen sollen, als bei achtstündiger Arbeitszeit. Dies entspricht grundsätzlich den Wünschen der Leiter der Bergarbeiterorganisationen. Der Vorstand hat später noch beraten. Sein Beschluß ist noch nicht bekannt, doch werden die Bergarbeiter in Norfolk das Angebot nicht annehmen. Der Streik dehnt sich aber nicht mehr aus.

London, 25. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhause sagte Bonar Law: Die Regierung tue ihr Bestes, um die industrielle Lage günstiger zu gestalten. Die Regierung sei sich bewußt, daß eine geringe Anzahl Menschen die Verdrängung des ganzen sozialen und politischen Systems in England erreiche. Die Regierung werde mit den wirksamsten Mitteln die Interessen des Landes schützen.

Der Eisenbahnerstreik in Nordengland beendet.

Genf, 24. Juli. Aus London wird gemeldet: Der Streik der englischen North-Eastern Railway in Genua ist beendet worden.

Der Konflikt in der Metallindustrie.

Berlin, 25. Juli. Die gestrigen Entlassungen bei den Siemens-Werken rufen nur eine Einzelentscheidung dar, welche die überaus zugespitzte Lage der Groß-Berliner Metallindustrie beleuchtet. Ueber einen neuen Lohn- und Arbeitsvertrag ist es bis jetzt zu keiner Einigung gekommen. Wenn es im Laufe des Tages dem Reichsarbeitsministerium nicht gelingt, eine Einigung herbeizuführen, so ist mit dem Generalstreik in der Groß-Berliner Metallindustrie zu rechnen. Es läßt sich noch nicht voraussagen, ob es in diesem Falle nicht zu einem Konflikt in der Metallindustrie in ganz Deutschland kommen wird. Die der „Vorwärts“ berichtet, ist bereits gestern nachmittag durch geheime Abstimmung der Streik für den gesamten Siemens-Konzern beschlossen worden und dadurch die Gefahr eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks in unmittelbare Nähe gerückt. Auch der „Vorwärts“ spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen möge, in letzter Stunde noch zu einer Einigung zu kommen.

Proteststreik der Berliner Telegraphenarbeiter.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten).
Berlin, 25. Juli. Die fristlose Entlassung von 257 Telegraphenarbeitern, die sich am letzten Montag an dem Proteststreik beteiligt haben, hat zu einem erneuten Konflikt zwischen den Telegraphenarbeitern und der Oberpostdirektion Berlin und in der Folge zu einem Streik sämtlicher Berliner Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker des Dienstbezirks der Berliner Oberpostdirektion geführt, der am heutigen Freitag 7 Uhr morgens begonnen hat und zunächst 24 Stunden dauern soll.

Heute finden erneut Verhandlungen mit der Oberpostdirektion statt. Die Arbeitnehmer werden der Oberpostdirektion abermals die Forderung an Wiederentnahme der entlassenen 257 Kollegen ab unterbreiten. Falls diese noch am Tage der Entlassung ab unterbreiten, soll der Generalstreik der Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker für das ganze Reich proklamiert werden.

Das Ende des pommerischen Landarbeiterstreiks.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten).
Berlin, 25. Juli. Der Erntestreik in Pommern ist gänzlich erloschen. Seit Mittwoch ist auch im Kreise Röllin, dessen Erntearbeiterschaft noch am Dienstag im Streik verharrete, die Arbeit auf den Feldern wieder aufgenommen worden.

Stuttgart, 25. Juli. In den Verhandlungen mit den Landarbeitern kam der Abschluß eines Lohnvertrages zustande. Der Erntestreik in Württemberg ist daher beendet.

Das Tumultgeseh.

Weimar, 25. Juli. Der Nationalversammlung ist ein Gesandtschaftsreise zugegangen, der die Entschädigungen für durch innere Unruhen verursachte Schäden zum Gegenstande hat. Nach dem Entwurf ist ein Erstattungsanspruch nur gegeben, wenn durch die Schäden das wirtschaftliche Bestehen des Betroffenen gefährdet worden ist.

Internationale „Abrüstung“.

Der „Matin“ berichtet: Zwischen Voicard, dem belgischen Außenminister, und belgischen Generalen haben Besprechungen über ein festes militärisches und wirtschaftliches Geseh und Traktat zwischen Frankreich und Belgien stattgefunden. Dieser Bund bewende vor allem, für alle Zeit die Nacht am Rhein sicher zu stellen. „Daily Mail“ meldet: Die französische Regierung erziele den Fabrikanten für Kriegsbedarf neue Aufträge zur Lieferung von Panzerwagen, Kanonen und Flugzeugen für mehr als 100 Millionen Franken. Die Ansicht des Marshall's, daß man kein Geld mit der Abfertigung des Ausbraches eines neuen Krieges rechnen müsse, sei hierfür maßgebend gewesen.

London, 24. Juli. (Reuters). Im Unterhause sagte Lord Balfour bei Einbringung des Marine-Gesetzes im Beirag von 60 Mill. Pf. Sterl.: Die gegenwärtige Stärke des Marinepersonals sei 180 000 Mann gegen 407 000 Mann zur Zeit des Waffenstillstandes. Jetzt seien 81 Kriegsschiffe und 110 Hilfschiffe im Bau gegen 302 Kriegsschiffe und 806 Hilfschiffe damals. Diese Schiffe seien zu weit vorgeschritten gewesen, als daß man die Arbeit daran hätte einstellen können, oder sie seien Ersatz für Kriegsschiffe. Der Führer der liberalen Opposition Sir Donald Maclean sagte: Diese Einschränkungen beweisen, daß die britische Flotte sich den neuen Weltverhältnissen anpasse.

Ein neuer Typ amerikanischer Ozeanriesen.

Washington, 25. Juli. Reuters. Das Schiffsbauamt teilt mit, daß die Pläne für den Bau zweier Dampfer fertiggestellt sind, die bei einer Länge von 1000 Fuß und bei einer Geschwindigkeit von 30 Knoten imstande sein werden, den Atlantischen Ozean in 4 Tagen zu durchqueren. Die Schiffe werden im Kriegsfall als Handelskreuzer verwendbar sein.

Luxemburg von den Amerikanern geräumt.

Frankfurt, 24. Juli. Nach der „Frankf. Ztg.“ haben die Amerikaner das luxemburgische Gebiet endgültig verlassen. Welt für diesen Fall mehrfach mit Unruhen bedroht worden war, hat der Gemeinderat von Eich Miltzer zum Schutz der Eiser-Oberwerkstätten erlassen. Zwei Kompanien Franzosen sind hier besonders zum Schutz der Eisen-Oberwerkstätten stationiert.

Unsere Kriegsgefangenen.

Von Obermedizinalrat Dr. Gilbert-Dresden.

Die Tageszeitungen brachten kürzlich, dem W. T. B. von zuständiger Seite mitgeteilt, die erschütternde Mitteilung, daß die Hoffnung auf eine baldige Heimkehr unserer Kriegsgefangenen nicht berechtigt ist. Seit Monaten werden die in der Gefangenschaft schmachtenden Kämpfer und ihre Angehörigen dabei zwischen Hoffnungen und Enttäuschungen hin- und hergeworfen; jetzt endlich wird uns in der Heimat die offiziöse Nachricht, daß der deutsche Vertreter für die Kommission zur Heimbeförderung der Kriegsgefangenen seit Wochen in Versailles vergeblich auf die Vertreter der feindlichen Mächte zu den vorbereitenden Beratungen wartet, warten muß und daß die deutsche Regierung Herrn Clemenceau erneut um baldige Mitteilung betr. Zusammenritt der Kommission zur Heimbeförderung der Gefangenen hat ersuchen müssen. Solche Nachrichten sind geeignet, wie wenige, uns die ganze Ohnmacht unseres Vaterlandes vor Augen zu führen: ein auch heute noch 65 Millionen-Volk, vor fünf Jahren die gewaltigste Militärmacht Europas, in langen ruhmvollen Kriegsjahren die Bewunderung der Welt und der Schrecken seiner Feinde, kann vorzeitig erlahmt, zusammengebrochen acht Monate nach Niederlegen der Waffen seinen Kriegsgefangenen Feldensöhnen die Heimkehr ins Vaterland nicht erwirken, muß allen Friedens-Verträgen zum Trost seinen Vertreter tatlos antischambrieren sehen. Tränen der Scham und der Wut muß jeder anständige Deutsche weinen.

Die Weltgeschichte hat Gleiches noch nicht in ihren Büchern verzeichnet. Aber sie hat auch nur einmal Ähnliches eintragen müssen, daß ein Volk freiwillig sich entwaffnete, freiwillig unbezwingene Festungen, Kriegsmaterial und kampffähige Schiffe ausliefern, ehe ihm ein seiner Größe und seines Heldentums würdiger Friede gewährleistet war. Von Tag zu Tag muß es jedem Einsichtigen klarer werden, in welche abgrundtiefe Erniedrigung und die Unterzeichnung der schamlosen Waffenstillstandsbedingungen geführt hat. Das deutsche Volk ist warnend Auges, aber blind in sein Verderben gerannt. Die Warner vor dem Heuschreck Wilson wurden nicht gehört, wurden verdächtigt; die Führer schloßen, die an der Front und in der Heimat seit Jahren aufklären mußten, welches Schicksal uns und unsere Nachkommen im Falle einer Niederlage erwartete; nicht nur die neue Regierung, die umgekehrt hat, trifft hierfür die Schuld, sondern auch die alte, die seit langem nicht geföhrt, sondern fortgewürfelt hat, die sich hat führen, ohne Plan und ohne Widerstand hat stoßen lassen. So fehlte das einheitliche Ziel, fehlte der einheitliche Wille zum Sieg, zum Durchhalten trotz Hunger und Entbehrungen. Statt daß die Kraft des gesamten deutschen Volkes sich dauernd national zusammenfaßte und einigte, um gemeinsam den gemeinsamen Kuhn-Feind zu bekämpfen, zersplitterte sich diese Kraft der Deutschen vorzeitig in der Vertretung der Sonderwünsche und Sonderinteressen der Parteien und Stände, die unter keinen Umständen während des Krieges ausgefochten, ja nicht einmal angeknüpft werden durften. Und der Erfolg ist, daß das stolze Erbe Bismarckscher Zeit, ein national geeintes großes deutsches Vaterland, zerschlagen am Boden liegt. So erschlagen, daß es keine Feldensöhne — denn die meisten der Kriegsgefangenen sind es — ohne Hilfe in Feindes Hand schmachten lassen muß. Mit welchen Geföhlen müssen sie die ihr Leben für uns einsetzten, diese erniedrigende Demütigung tragen! Mit welchen Geföhlen werden sie bereinst in ihr Vaterland heimkehren?

Oft genug habe ich es in den vergangenen Monaten von ernstern Männern mit tiefer Bitterkeit sagen hören und auch ich selbst werde den gleichen Gedanken nicht ganz los: es lohne sich gar nicht, mit Ernst und Eifer wieder aufzubauen, der Charakter des deutschen Volkes ist politisch unrettbar, ist dauernden nationalen Denkens und Handelns unfähig, sonst hätte es seine nationale Größe nicht so leichtfertig gefährdet und schließlich für das Einfingergeld eines Wilson-Friedens verkauft. Ich will diesen Gedanken, dem leider eine gewisse Berechtigung nicht abzupprechen ist, nicht im einzelnen durchdenken, denn nur in Stunden berechtigter Verzweiflung über die Größe unseres nationalen Unglückes und über die Unmöglichkeit, selbst besserer Hand anlegen zu können, überdient er das vaterländische Pflichtgefühl, das immer von Neuem zur Arbeit am Wiederaufbau ruft. Welcher Stunde Ruf würde da aber lauter und eindringlicher, als der da das ganze Volk nach seinen gefangenen Söhnen und Brüdern schreit. Um ihrer willen und mit ihnen müssen wir alle inneren Gegensätze überbrücken und zu gemeinsamer Arbeit und einigen. Sie haben die ganze Schwere des Krieges und des Jammerfriedens durchleben müssen: zuerst gekämpft unter namenlosen Anstrengungen und Entbehrungen, dann in Feindes Hand gefallen, gedemütigt und geharrt und zuletzt entehrt in der Ferne durch das vernichtende Gefühl, kein kraftvolles Vaterland mehr hinter uns, hilft uns. Sie müssen und werden — denn alle bis auf wenige Ausnahmefälle erkennen die Heimat — mit dem stolzen Empfinden und der heißen Sehnsucht nach